

GRÜNE ZEITEN



FÜR NEUBIBERG

Themenschwerpunkt:

Flüchtlinge in Neubiberg Seite 2

Fahrrad-Schnellwege Seite 3

Energievision 2.0 Seite 3

Bäuerlich-ökologische
Landwirtschaft Seite 4

PEGIDA, BAGIDA & Co Seite 4

Transparente
Gemeinden Seite 4



Fotos: Ute Hirschfeld

1 - 2015

LIEBE NEUBIBERGER BÜRGERINNEN UND BÜRGER,

unsere Gemeinde steht in diesem Jahr vor zahlreichen Herausforderungen. Der Gartenstadtcharakter in Teilen Neubibergs ändert sich. Rund 400 Bäume und Gehölze sind im **Kampf gegen den Asiatischen Laubholzbockkäfer** im Februar und März gefällt worden. Ein Ende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Denn werden neue Wirtsbäume entdeckt, müssen weitere Bäume der Sorten Ahorn, Baumhasel, Birke, Esche, Pappel, Rosskastanie, Weide und Vogelbeere im Herbst gefällt werden.

Aber auch der geplante **Umbau** des aus unserer Sicht wichtigen Medizinischen **Ärztezentrum St. Cosmas** am Rathausplatz 1-3 stellt einen massiven Eingriff in das Erscheinungsbild Neubibergs dar. Der derzeitige Entwurf zum Bebauungsplan sieht einen wuchtigen Baukörper mit Flachdach vor, der mit seinen 44 Meter Breite und zwölf Meter Höhe direkt am Anger stehen soll. Für uns Grüne ein klarer Widerspruch zum Gartenstadtcharakter unserer Gemeinde.

Eine weitere große Herausforderung teilt sich Neubiberg mit vielen anderen Nachbargemeinden: die **Unterbringung von Flüchtlingen**. Wir Grünen setzen uns massiv dafür ein, den zu uns kommenden Menschen gemeindliche und private Wohnungen und kleinere Sammelunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Wir sind überzeugt,

dass Integration nur im Kontakt gelingen kann. Im Kontakt zu Menschen, die ihre Geschichte, ihre Wünsche und Sehnsüchte haben.

Zuletzt ein Blick über Neubibergs Grenzen hinaus: das geplante **Freihandelsabkommen TTIP** bedroht unsere Rechte und Standards massiv. Wir Grünen setzen uns als einzige politische Partei dafür ein, die Verhandlungen in dieser Form zu stoppen und neu aufzusetzen.

Herzliche Grüße,

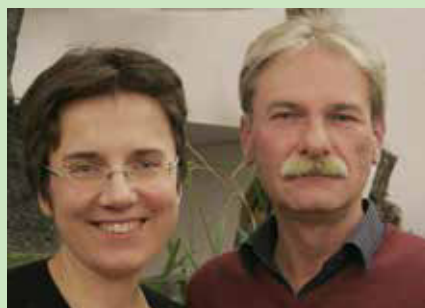
Ute Hirschfeld und Lucia Kott
Sprecherinnen Ihres grünen
Ortsverbandes Neubiberg

TTIP GEHT JEDEN WAS AN!

Warum ist eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“, kurz TTIP, mit den USA für uns von Bedeutung? Der Grundgedanke, den Außenhandel zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen, Handelshemmnisse abzubauen und vieles zu vereinfachen, ist gut und richtig. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die normale ordentliche Gerichtsbarkeit ausgehebelt wird. Einer unserer zentralen Kritikpunkte ist: Nach Unterzeichnung und Inkrafttreten des Vertrags werden Streitfälle nicht vor normalen Gerichten verhandelt, sondern vor privaten, geheimen Schiedsgerichten. Diese bestehen aus nur drei Juristen. Die Verfahren sind nicht öffentlich, aber für die Betroffenen bindend ohne Widerspruchsmöglichkeit. Wenn die USA Fracking nicht verbieten, ist das für andere europäische Staaten auch nicht möglich. Es wird aber möglich sein, dass Firmen aus den USA entgangene Gewinne einklagen, wenn Projekte wie Fracking bedingt durch Widerstände in der Bevölkerung nicht durchgeführt werden können. Entweder wird es teuer oder die Demokratie leidet.

Petra Thienel

SEIT NOVEMBER IM VORSTAND



Lucia Kott, Sprecherin - Thomas Maier, Kassier

Wir unterstützen die
Europäische Bürgerinitiative
gegen TTIP und CETA.

Mehr Infos: www.stop-ttip.org/de





Foto: Bethel Fath

„Mit Offenheit und Toleranz, so helfen wir den Menschen, die zu uns kommen, am besten. Wer den hier Ankommenden so begegnet, trägt viel dazu bei, dass diese sich bei uns ein bisschen mehr zuhause fühlen.“

Norbert Büker

GELEBTE WILLKOMMENSKULTUR

Die Idee zum Helferkreis hatte Norbert Büker, Vorsitzender der Kolpingsfamilie Neubiberg/Rosenkranzkönigin, vor rund einem Jahr. Auslöser war die emotionale und kontroverse Diskussion in der Nachbargemeinde Putzbrunn rund um den geplanten Bau einer Unterkunft für Flüchtlinge. Die Lage drohte zu eskalieren. Um eine ähnliche Situation in Neubiberg erst gar nicht entstehen zu lassen und eine gute Basis für eine positive Willkommenskultur zu schaffen, gründete er mit Unterstützung der Gemeinde und Bürgermeister Günter Heyland den Helferkreis Asyl. Diesem schlossen sich schnell über 20 Bürgerinnen und Bürger an.

Das wurde auch höchste Zeit, denn Ende Mai stand bereits die erste Flüchtlingsfamilie aus dem Kriegsgebiet in Syrien unangekündigt vor der Tür des Pfarramts der Rosenkranzkönigin. Knapp zwei Wochen später trafen zwei weitere Familien aus Afghanistan und Bosnien ein.

Seitdem betreut der Helferkreis 14 Flüchtlinge, die in der Kaiserstraße untergebracht sind, und hilft ihnen bei Behördengängen, Arztbesuchen, schulischen Belangen, Spracherwerb und Dingen des täglichen Lebens.

Zum Ende dieses Jahres rechnet Norbert Büker mit mindestens 150 Menschen, die der Helferkreis betreuen wird: Tendenz steigend. Denn angesichts der vielen Brennpunkte auf der Welt ist ein Rückgang der Zahl derjenigen Menschen, die unsere Hilfe brauchen, kaum zu erwarten.

Wer sich selbst engagieren möchte:
norbert.bueker@t-online.de

FLÜCHTLING SEIN IN NEUBIBERG

Einen Einblick in ihre Geschichte und ihre momentane Situation gewährt uns Familie A. aus Bosnien, die derzeit in unserer Gemeinde untergebracht ist.

Warum haben Sie Ihr Land verlassen?

Wir lebten in einem kleinen Dorf nahe der serbischen Grenze und gehörten zur muslimischen Minderheit. Ich bin nach Ende der Jugoslawienkriege zurückgekehrt. Es war alles zerstört, wir bauten alles wieder auf. Normalerweise wird dann alles besser. Für uns wurde es aber schlechter. Wir wurden beschimpft, ausgegrenzt, beleidigt. Brandbomben wurden vor unser Haus geschmissen. Als meine Frau angegriffen wurde und sich gerade noch retten konnte, flohen wir.

Wie lange waren Sie unterwegs, bis Sie hier in Neubiberg ankamen?

Unsere Flucht begann im Mai 2013, unsere Kinder waren damals 1 Jahr und 7 Jahre alt. Über Belgien und Holland flohen wir nach Nordrhein-Westfalen, wo meine Eltern leben. Drei Tage waren wir in der Erstaufnahmestelle in Dortmund, von dort wurden wir nach Zirndorf geschickt. Dort blieben wir drei Wochen, dann kamen wir nach Nürnberg, auch für drei Wochen. Von dort ging es für uns weiter nach Oberschleißheim. Hier konnte unser Sohn zum ersten Mal zur Schule gehen. Er lernte schnell deutsch.

Nach einem halben Jahr kam der Bescheid, dass wir nach Neubiberg sollen. Das war im Juni 2014. Und seitdem leben wir hier. Unser Sohn besucht die dritte Klasse der Grundschule. Er bringt gute Noten nach Hause, spielt Fußball im Verein und ist großer FC Bayern Fan. Unsere Tochter geht hier in den Kindergarten. Ich selber besuche einen Kurs in Staatsbürgerkunde und einen weiteren zur Eingliederung ins Berufsleben beim Arbeitsamt. Anfang April beginne ich ein Praktikum bei der Deutsche Bahn im Servicebereich. Darüber freue ich mich sehr.

Was gefällt Ihnen hier?

Alles. Die Menschen, die Natur, der Verkehr, die Betreuung durch den Helferkreis. Wir sind Anna, Roswitha, Viktoria und Renate sehr dankbar. Und insbesondere meinem Freund Norbert Büker.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Dass wir bleiben können, dass meine Kinder die Schule weiter besuchen und später einmal studieren können.

Wir wünschen Herrn A. und seiner Familie, dass seine Wünsche in Erfüllung gehen.

Die Interviews mit Norbert Büker und Herrn A. führten Lucia Kott, Sprecherin des Ortsverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ulrike Dowie, Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Neubiberger Gemeinderat.

Einladung zum Filmabend

Werden Sie Deutscher

Eine Dokumentation über den harten Integrationsalltag ausländischer Immigranten.

Am 20. Mai 2015 um 20 Uhr
 im Minoa, Sportgaststätte Zwergerstraße 28 in Neubiberg



Zehn Monate lang hat die deutsche Regisseurin Britt Beyer die unterschiedlichsten ausländischen Familien begleitet. Wie sieht Integrationsunterricht an der Volkshochschule aus? Welche Chancen gibt es am Arbeitsmarkt? Wann gilt man als vollständig „integriert“? Und welche Schwierigkeiten bringt ein solcher Alltag mit sich? Britt Beyer sucht Antworten auf all diese Fragen und nach einer Definition der deutschen Kultur.

Der Eintritt ist frei!

Die Veranstaltungsreihe GRÜNES KINO zeigt Filme zu Themen, die Grüne Politik betreffen.

FÜR NEUE FAHRAD-SCHNELLWEGE!

Das Fahrradfahren erfreut sich immer größerer Beliebtheit: gesund, billig, sympathisch. Immer mehr Menschen nutzen eBikes und Pedelecs auch für den Weg zur Arbeit – als Alternative zu Stau und überfüllten Bahnen. Höchste Zeit, für Fahrräder mehr Platz und schnellere Verbindungen zu schaffen.



© KARA - FOTOLIA.COM

Das Massenverkehrsmittel Fahrrad braucht neue Wege auf mittleren Distanzen von 5-20 Kilometern, das heißt: Auch für den täglichen Weg zur Arbeit. Radial zwischen Stadt und Umland – und tangential zwischen den Landkreisgemeinden.

Wir GRÜNE wollen die Ausweisung neuer, schneller, möglichst kreuzungsfreier Radwege vorantreiben - wo immer möglich auf vorhandenen, zu ertüchtigenden und gut zu beschildernden Strecken. Dazu bereiten wir eine Reihe von Initiativen und konkrete Streckenvorschläge vor.

FLÜCHTLINGE IM LANDKREIS MÜNCHEN GUT VERSORGT

Bis zu 3000 Flüchtlinge menschenwürdig im Landkreis München unterzubringen ist nicht nur eine organisatorische Herausforderung, sondern vor allem eine Frage der Menschlichkeit.

Während der Freistaat Bayern seine Abschottungspolitik weiterbetreibt und Flüchtlinge oft menschenunwürdig behandelt, hat im Landkreis München eine pragmatische und vernünftige Vorgehensweise Einzug gehalten:

- Der Betreuungsschlüssel für die Flüchtlinge wurde im Gegensatz zur Regierung von Oberbayern (1:150) auf 1:100 verbessert. Und wir achten darauf, dass er auch umgesetzt wird.
- Die Mittel für die Hilfsorganisation

Refugio, die traumatisierte Flüchtlinge psychologisch behandelt, wurden auf Initiative der GRÜNEN hin von 30.000€ auf 60.000€ erhöht.

- Für Deutschkurse für Flüchtlinge stehen im Haushalt des Landkreises nun 100.000€ zur Verfügung.

Darüber hinaus stehen wir in engem Kontakt mit vielen Helfergruppen, die ausgezeichnete Arbeit leisten.

Fraktionsvorsitzender Christoph Nadler



GRÜNE besichtigen die vom Landkreis errichtete Flüchtlingsunterkunft in Putzbrunn

Foto: Wolfgang Schmidhuber

VON DER VISION ZUR AKTION!

Der Landkreis München hat beschlossen, seine 2006 einstimmig im Kreistag verabschiedete „Energievision“ neu aufzulegen. Dazu soll es eine Workshop-Reihe mit Fachleuten geben.

Das Leitbild der Energievision des Landkreises München hat seit 2006 gute Dienste geleistet. Erstmals bekannten sich alle Fraktionen im Kreistag zur Energiewende bei uns im Landkreis München. Das Thema kam endlich auch in den Fokus der Kommunalpolitik und der Öffentlichkeit.

Trotz großer Ziele (60% Energieeinsparung bis 2050 und Erzeugung des Rests durch Erneuerbare Quellen) führten Zuständigkeitsprobleme, bürokratische Hemmnisse, aber auch fehlender politischer Wille bei Einigen dazu, dass die Energievision nur selten über Absichtserklärungen und viel Klein-Klein herauskam.

Hinzu kommt ein grundsätzliches Problem: Zwar fokussiert die Energievision das wichtige Sparen, lässt jedoch Aussagen zur Verminderung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen wie CO₂ vermissen.

Trotz großer Behinderungen durch Bund und Land ist der Anteil der regenerativen Energien deutschlandweit auf jetzt 26% gestiegen. Unser Ziel muss es jedoch sein, 100% zu erreichen, weil alle Atomkraftwerke 2022 endlich abgeschaltet sein werden und Energiegewinnung aus Kohle und Gas keine Alternative ist! Zum Beispiel im Mobilitätsbereich werden wir künftig noch mehr erneuerbaren Strom benötigen und nicht weniger. Deshalb muss nicht der absolute Stromverbrauch gesenkt werden, wie es die alte Energievision vor-

hatte, sondern der CO₂-Ausstoß muss weg. Das ist das eigentliche Problem.

Es muss ein Weg gefunden werden, auf dem alle Gemeinden, die Bevölkerung und die Wirtschaft für die Energiewende eingebunden und begeistert werden. Wir brauchen landkreisweite Förderprogramme, müssen Anreize schaffen, die Öffentlichkeitsarbeit verstärken und als Landkreis selbst Investitionen in die Energiewende tätigen! Die Vision war gut, jetzt sind aber endlich Taten gefragt! Die Energievision 2.0 soll das leisten

Kreisrat Dr. Markus Büchler

ENERGIEEINSPARCHECK FÜR EINKOMMENSCHWACHE HAUSHALTE

Die „EnergieeinsparChecks für einkommensschwache Haushalte“ werden um drei weitere Jahre verlängert und verbessert. Dieses Projekt geht zurück auf einen Antrag der GRÜNEN Fraktion aus dem Jahr 2011 und finanziert eine kostenlose Energieeinsparberatung für einkommensschwache Haushalte. Außerdem werden neue, besonders sparsame Kühlgeräte für diese Personengruppe bezuschusst.

Für uns GRÜNE ist es besonders wichtig, dass die Energiewende alle Bevölkerungsgruppen erreicht. Nicht nur diejenigen, die zum Beispiel ein Hausdach für Photovoltaik besitzen oder Investitionen in Wärmedämmung, sparsame Fahrzeuge und Haushaltsgeräte stemmen können, sollen von technischen Innovationen und Einsparungen profitieren.

FÜR EINE BÄUERLICH-ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT & GUTES ESSEN



Dr. Toni Hofreiter, MdB
Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/
DIE GRÜNEN im
Deutschen Bundestag
Foto: Stefan Kaminski

Missbrauch von Antibiotika und Tierquälerei in der Massentierhaltung, Monokulturen und rapides Artensterben, verseuchtes Grundwasser und überdüngte Böden: Die Agrarpolitik von Union und SPD ist gescheitert.

Um diese Missstände zu beseitigen, haben wir GRÜNE nun ein Sofortmaßnahmenpaket vorgestellt, mit dem eine Agrarwende beginnen kann. Wichtigster Punkt: Öffentliches Geld darf nicht weiterhin an die

Agrarindustrie gehen. Die Bundesregierung muss Subventionen von oben nach unten umverteilen und damit bäuerliche Betriebe unterstützen, die umwelt- und tierverträglich wirtschaften. Neue Massentierhaltungsanlagen wollen wir stoppen und die Luft- und Wasserqualität sichern. Die Gefahren durch den ausufernden Antibiotikaeinsatz wollen wir wirksam beseitigen.

Jetzt ist es an der Bundesregierung zu handeln. Für unser gesundes Essen.

Infos:
gruenlink.de/wrg
Aktuell informiert:
facebook.com/anton.hofreiter

TRANSPARENTER GEMEINDEN!

Grundsätzlich haben die BürgerInnen einer Gemeinde ein Recht darauf zu erfahren, was die GemeindevertreterInnen in den Sitzungen besprechen. Das ist ein Grundprinzip unserer Demokratie. In wenigen Fällen kann es auch Ausnahmen geben, wenn zum Beispiel Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit oder berechnete Ansprüche Einzelner genommen werden muss. Dann ist die Öffentlichkeit natürlich ausgeschlossen. Aber es spricht nichts dagegen, in anonymisierter Form bekanntzugeben, dass der Stadt- oder Gemeinderat über ein bestimmtes Thema nichtöffentlich diskutiert.

Die Gemeinde Taufkirchen und die Landeshauptstadt München veröffentlichen seit längerem nicht nur die Tagesordnungen der öffentlichen, sondern auch der nicht öffentlichen Sitzungen: Im Internet kann man sich umfassend



Antje Wagner
Sprecherin der
Grünen im
Landkreis München

darüber informieren, über was die gewählten Vertreterinnen und Vertreter beraten.

Auch in der Gemeinde Neuried ist die Veröffentlichung der Nichtöffentlichen Tagesordnung bereits beschlossen.

Wir GRÜNE versuchen, dies in allen anderen Orten im Landkreis München zu erreichen. Wir stehen für Transparenz, Offenheit und BürgerInnenbeteiligung.
Antje Wagner

INFORMATIONEN IM INTERNET

www.gruene.de - Bundesverband

www.gruene-bayern.de - Landesverband

www.gruene-ml.de - Kreisverband

www.toni-hofreiter.de Bundestagsabgeordneter

www.katharina-schulze.de Landtagsabgeordnete

www.gruene-jugend.de - Grüne Jugend

WAS TUN GEGEN PEGIDA, BAGIDA UND CO?

In den letzten Monaten mussten wir rassistische Demonstrationen gegen eine vermeintliche Islamisierung des Abendlands in ganz Bayern miterleben. Wir haben uns deswegen in einem Fachgespräch im Landtag damit beschäftigt, woher die Anfälligkeit für rassistische Ressentiments kommt und wie wir Demokratie und Solidarität dauerhaft stärken können. Interessante Vorträge über Pegida, Wügida, Bagida und wissenschaftliche Erkenntnisse zu Islamfeindlichkeit mündeten in einer kontroversen Diskussion. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie man angesichts der geschilderten Situation demokratische Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann. Ich habe dafür plädiert, sich auch mit der Perspektive der von PEGIDA und Co. Bedrohten auseinanderzusetzen und das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus zu überarbeiten, weil Rassismus und Islamfeindlichkeit längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Es



Katharina Schulze,
MdL, stv. Fraktionsvorsitzende
Foto: Olaf Köster

müssen diejenigen unterstützt werden, die sich schon lange für unsere Demokratie und offene Gesellschaft einsetzen. Außerdem muss die muslimische Realität im Alltag sichtbarer gemacht werden, z.B. in den Schulen und in den Medien.

Katharina Schulze

